







Ortstermin bei zwei Deutschen, so durchschnittlich und typisch, wie eine Biografie im östlichen Sachsen nun mal sein kann. Edelgard und Frank Sprejz haben in ihren Kleingarten eingeladen. Sie, 72, arbeitete als Krankenschwester, er, 75, war Maurer. Sie präsentiert die Blumen, scherzt über »blühende Landschaften«, er zeigt stolz den 75 Zentimeter langen Karpfen, den er heute geangelt hat. Noch schwimmt der Fisch in einem Becken, über das ein großer Gartenzwerg wacht. Später soll geräuchert werden.

| ANZEIGE   |   |   |
|---|---|---|
|  | <b>Autokredit direkt</b><br>Mit dem Kfz-Kredit der Postbank haben Sie freie Fahrt<br>postbank.de                          |  |
|  | <b>iPhone 14 Pro</b><br>Apple iPhone 14 Pro inklusive Grow-Vorteil mit 25 GB+ für 49.99 € im Monat*<br>o2online.de        |  |
|  | <b>Grünstrom - Lokal &amp; Fair</b><br>Mit Energie aus lokalen Anlagen Klima schützen und nachhaltig sparen.<br>eprimo.de |  |

### Aus: DER SPIEGEL 32/2023



#### Wie umgehen mit extremen Rechten?

Die AfD zeigt immer offener, wie demokratiefeindlich sie ist. SPIEGEL-Recherchen in ihren Hochburgen zeigen, warum sie in den Umfragen trotzdem zulegt. Und wie schwer sich die Union auf dem Land und die Ampelregierung in Berlin mit der Suche nach Mitteln gegen die Rechtsaußenpartei tun.

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

[Zur Ausgabe >](#)

Am Abend zuvor hat das Ehepaar an der sogenannten Montagsdemo in der kernsanierten Altstadt von Görlitz teilgenommen, so wie es das seit Jahren tut. Ursprünglich ging es bei dem Protestzug um die Coronabestimmungen, doch inzwischen treiben andere Themen jede Woche Hunderte Bürger auf die Straße: Die Waffenlieferungen an die Ukraine, die Inflation, die Migration. »Asylflut stoppen« steht auf Bannern, »Wir sind das Volk« schreien etliche, auch eine große Reichsflagge ist zu sehen.

WERBUNG



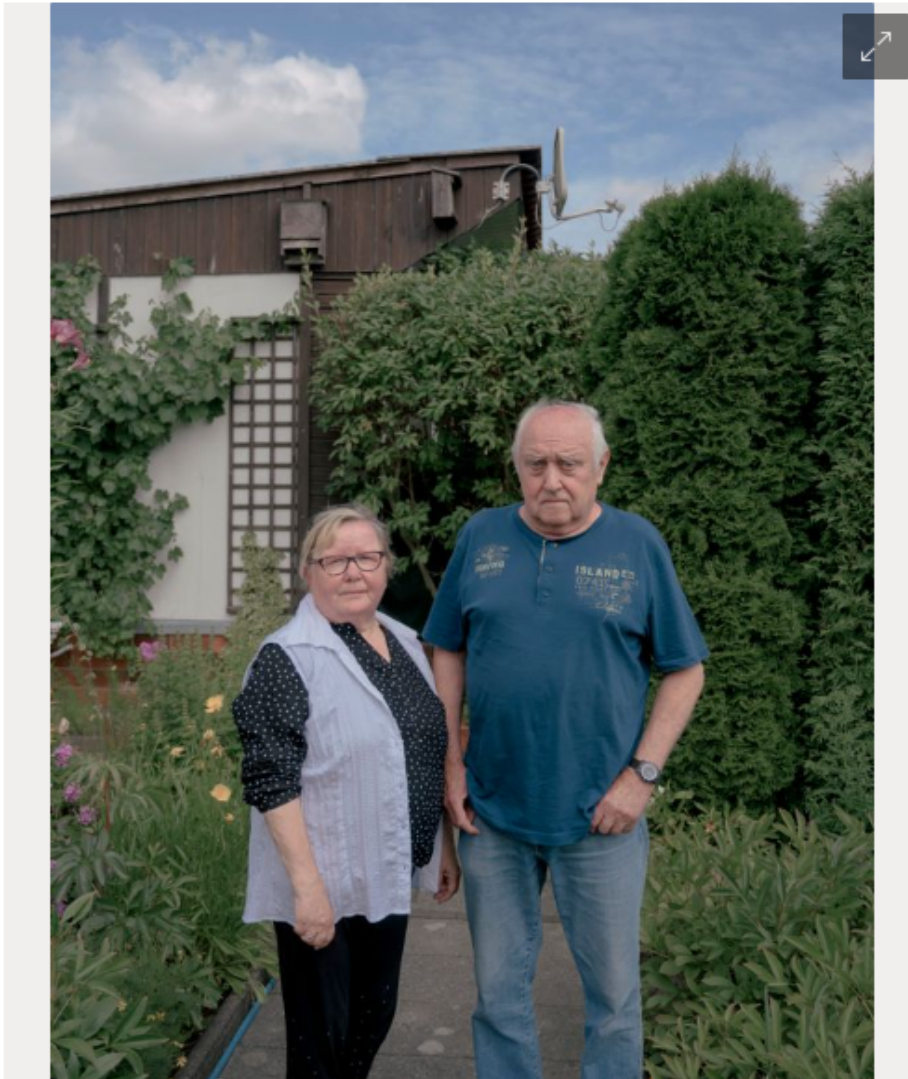


Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

---

**»Es geht um das bisschen Wohlstand, das wir  
uns erarbeitet haben.«**

Edelgard und Frank Sprejz, AfD-Sympathisanten

---

Edelgard und Frank Sprejz haben sich bereit erklärt, über Politik zu reden, oder konkreter: über die [AfD](#), die seit der Kommunalwahl 2019 mit 30,7 Prozent stärkste Partei im Görlitzer Stadtrat ist. Noch vor zwei Jahren, so legen die beiden los, hätten sie mit ihren Kindern

diskutiert, was das für »Pfeifen« in der AfD seien. In der Vergangenheit haben die beiden Rentner meist die Linke gewählt. Doch heute sei das für sie keine Option, »die Linke ist keine Ostpartei mehr«, urteilt Edelgard Sprejz. Zuletzt gefiel ihnen **Michael Kretschmer**, CDU-Ministerpräsident und Sohn der Stadt, weil der »eine Meinung hat und als Einziger mutig genug war, sich gegen seine Partei zu stellen«.

Aber ihn deshalb gleich wählen? Nein, wenn heute Wahl wäre, da sind sich Edelgard und Frank Sprejz einig, dann würden sie ihr Kreuz bei der AfD machen.



### »Wutgetränkte Apathie« nennt der Soziologe den Zustand von Teilen des Volkes

Man kann die Eheleute aus dem Kleingarten als jene potenziellen Wechselwähler einstufen, die der AfD in den Umfragen seit ein paar Monaten – nicht nur im Osten – neue Allzeithochs bescheren. Die beiden Rentner sagen, der Höcke-Flügel sei ihnen viel zu rechts, mit Merkmals »Wir-schaffen-das«-Credo von 2015 hätten sie kein Problem gehabt. Heute jedoch mache ihnen die Migration Angst – dass es auch bei ihnen in Görlitz »Zustände wie in Westdeutschland« geben könnte. Sie glauben, dort gebe es zahllose kriminelle Zugewanderte, die Sozialleistungen empfangen würden und nicht arbeiteten.

Noch stärker ist ihre Angst, dass Putins Krieg nach Deutschland kommt. Oder zumindest, dass die Unterstützung für die Ukraine das eigene Land schwächen und die Inflation weiter anheizen könnte. Edelgard und Frank Sprejz, die von sich sagen, dass es ihnen wirtschaftlich gut gehe, weil sie sehr sparsam gewesen seien, treiben Verlustängste um: »Es geht um das bisschen Wohlstand, das wir uns nach der Wende erarbeitet haben.«

Wer dieser Tage der Frage nachspürt, was

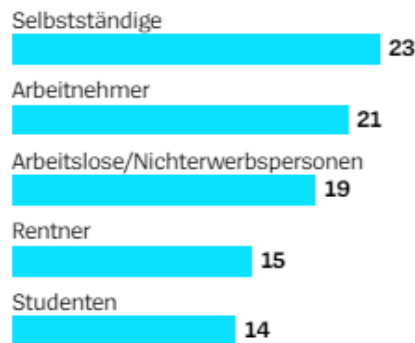
**Wer wählt die AfD?**

die AfD so attraktiv macht, wie ihre Umfragewerte zu erklären sind, dem begegnet in den Hochburgen der extrem Rechten eine waidwunde Nation: aufgerieben von einer Pandemie, verängstigt von einem Krieg, verunsichert von Debatten über den Klimawandel und existenziell angegriffen von immer weiter steigenden Preisen. »Wutgetränkte Apathie« nennt der Soziologe **Wilhelm Heitmeyer** den Zustand jener Gruppe des Volkes, die sich in Teilen von der Politik ungehört und herabgesetzt fühlt.

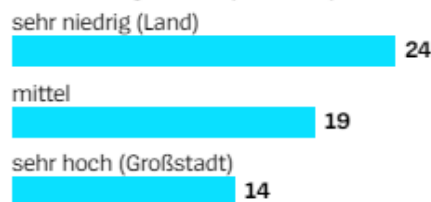
Die AfD weiß dieses Gefühl zu nutzen, mit ihren Scheinrezepten, Dramatisierungen, Fake News. Am ehesten verfängt ihre Strategie dort, wo junge Leute weggezogen sind, wo die Zivilgesellschaft ausblutet. Je geringer die Bevölkerungsdichte, so haben die Meinungsforscher von Civey ermittelt, desto größer die Anhängerschaft. Andererseits ist die Stärke der Rechten kein Ostphänomen, gibt es doch viel mehr AfD-Wähler in den alten als in den neuen Bundesländern – wenngleich der Anteil im Westen deutlich geringer ist. Etwas mehr Männer wollen die AfD wählen als Frauen, aber das Verhältnis ist fast ausgewogen. So lohnt sich der Blick in alle Richtungen, um das Rätsel des Zulaufs einer zumindest in Teilen rechtsextremen Partei aufzulösen.

»Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?«  
Antwort: **AFD**; Auswertung nach demographischen Merkmalen, Angaben in Prozent

#### Beschäftigungsstatus









#### Bevölkerungsdichte (Auswahl)



5-Quelle: Civey-Umfrage für den SPIEGEL; Befragungszeitraum vom 25. Juli bis 1. August 2023; Stichprobengröße: 10.027 Befragte; die statistische Ungenauigkeit der Umfrage liegt bei bis zu 4,1 Prozentpunkten

ANZEIGE

|   |   |   |
|---|---|---|
|  | <b>Der Privatkredit</b><br>Ein Kredit, der so spontan ist wie das Leben.<br>postbank.de                             |  |
|  | <b>Marken-Duell</b><br>Vergleichen. Entscheiden. Geld sparen. Bewässerung und Werkzeug für den Garten.<br>conrad.de |  |
|  | <b>congetar Allnet Flat M</b><br>22 GB (+ jedes Jahr 5 GB mehr) mit max. 50 Mbit/s - inkl. LTE 50<br>constar.de     |  |

## Was der erste deutsche AfD-Bürgermeister sagt

Hannes Loth ist ein großer Mann, der versucht, sich kleinzumachen. In die AfD trat er 2013 ein. Es habe jemanden gebraucht, der sich mit Landwirtschaft auskenne. Er hat Landwirtschaft studiert. Drei Jahre später wurde er Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Vor einigen Wochen wurde Hannes Loth zum Bürgermeister von Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt gewählt. Knapp 10.000 Menschen

wohnen in der Kleinstadt mit ihren 13 Ortsteilen, doch das Medienecho war laut: Loth ist der erste hauptamtliche Bürgermeister der AfD. Ein Meilenstein für die Partei.



Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

---

## **»Die meisten Leute wollen einfach Frieden und Ruhe auf der Welt.«**

Hannes Loth, AfD-Bürgermeister von Raguhn-Jeßnitz

---

Fürs Gespräch lädt Loth ins Bootshaus Raguhn. Es gibt Schnitzel mit Pommes und Bulette mit Schwarzwurzelgemüse in Rahm. Seinen Erfolg wertet Loth als Anerkennung der »guten kommunalen Arbeit«, die er geleistet habe, und er sagt, dass er gut vernetzt sei. Aber auch die Bundespolitik habe geholfen, etwa das Heizungsgesetz: »Da haben die Menschen Angst vor. Ich kenne viele, die sich extra noch eine Gasheizung eingebaut haben, oder die Ölheizung modernisiert, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht.« Er selbst habe schon länger eine Wärmepumpe und Solarzellen auf dem Dach.

Loth ist gemeinsam mit der AfD gewachsen. 2015 trat er in Köthen als Bürgermeisterkandidat an und holte 2,1 Prozent der Stimmen, Parteichef war damals ein Ökonomieprofessor, der gegen den Euro wettete. Jetzt wird sie von Leuten dominiert, die gern mit Formulierungen aus dem Nazijargon locken. Dass die AfD sich nach Rechtsaußen entwickle, bestreitet Loth, das sei »alles herbeigeschrieben«. Und dass die Landespartei in Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt wird, stört ihn nicht. Von der Prüfung halte er nichts: »Das sind Meinungen der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes.«

---

## Der Austritt Deutschlands aus der EU sei notwendig

Er habe das Gutachten der Behörde seinerzeit gelesen, sagt er, drei Äußerungen von ihm stünden darin. »Die habe ich meinem Nachbarn vorgelesen, da hat der gesagt: ›Joa, hätte ich auch so gesagt‹«, sagt Loth und schmunzelt. Daran kann er sich noch gut erinnern. Woran er sich nicht mehr erinnern könne, sind seine drei Aussagen. »Wenn ich das noch wüsste!« Nur, dass es um Kritik an der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel gegangen sei.

**Björn Höcke**, den Parteichef aus dem angrenzenden **Thüringen**, kenne er kaum, sagt Loth. Höcke soll in Sachsen-Anhalt mit dem SA-Spruch »Alles für Deutschland« Wahlkampf gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft Halle hat gerade Anklage erhoben. Loth hält den Spruch für harmlos, die allermeisten wüssten ja nicht mal, dass er von der SA stamme. Vielmehr gehe es darum, Deutschland in den Mittelpunkt des Handelns zu rücken. Loth hat, genau wie Höcke, Geschichte studiert. Nach acht Semestern brach er ab.

Fragt man ihn, welche Forderungen der AfD für ihn unverhandelbar sind, nennt er den »Dexit«, den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Der sei notwendig. Die EU sei eine undemokratische Organisation, in der Kommissare über das Leben der Deutschen entscheiden würden.

Einmal in der internationalen Politik angekommen, skizziert Loth ein paar große Linien: Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten beendet werden. »Die meisten Leute wollen einfach Frieden und Ruhe auf der Welt.« Deshalb ist er auch gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Über Hilfszahlungen für das von Putin angegriffene Land meinte Loth einmal: »Wir sind nicht das Weltsozialamt.«

All das hat natürlich nichts mit der Politik zu tun, die Loth in Raguhn-

Jeßnitz machen kann. Die Nachbargemeinde plane ein grünes Gewerbegebiet, da wolle er sich mit dem CDU-Kollegen austauschen. Aktuell versuche er, Fördergelder vom Land für die Feuerwehr zu bekommen.

## »Weil die für einen da sind« Womit? »Mit allem«

Wie schauen die Wähler auf ihren neuen Bürgermeister? Im Ortsteil Raguhn, entlang der Hauptstraße, sind die Rollläden der meisten Läden heruntergelassen. Bei einigen Geschäften ist nicht klar, ob sie dauerhaft geschlossen sind, oder erst nachmittags öffnen. In den Einfahrten der Einfamilienhäuser und auf den Parkplätzen stehen BMWs und Audis, viele Fassaden sind frisch gestrichen, auf Fensterbänken gedeihen Orchideen.

In einem Friseurladen warten zwei junge Männer aus Syrien auf Kundschaft. Über den Bürgermeister sprechen möchten sie aber nicht. Ein junger Mann outet sich als Nichtwähler, er trägt ein Feuerwehr-T-Shirt, »Kameradschaft im Feuer« steht drauf. Der eine Teil seines Freundeskreises wähle AfD, sagt er, der andere links. »Ich bin neutral.« Aber er wünsche sich, dass sich im Ort was verändert: Spielplätze, Kindergarten, die Feuerwehr. Und gleichzeitig, dass alles wieder werde wie früher: »Warum ist alles so teuer?«

Eine Frau mit blondem Kurzhaarschnitt kommt über die Brücke, die über die Spittelwasser führt. Sie trägt einen kleinen schwarzen Würfel als Ohrstecker. »AfD? Ja, habe ich gewählt«, sagt sie. Nicht nur Hannes Loth, sondern seit es die Partei gibt. Warum? »Weil die für einen da sind.« Womit? »Mit allem.«

Was sie genau meint?

»Das Soziale und alles.« Die AfD, sagt sie, werde sich um Kinder- und Rentnerarmut kümmern. Dass jemand wie Björn Höcke als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, störe sie nicht. »Nö, der soll machen, was er macht.« Denn, sagt sie, »die« – und sie meint Flüchtlinge – »bekommen alles bezahlt: Friseur, Wohnung. Unsereins muss arbeiten und kriegt nichts. Die sollen arbeiten gehen und nicht alles in den Arsch geschoben kriegen.«

### Mehr zum Thema

**Radikalisierung und Popularitätsgewinn der AfD: Extrem verharmlost** Von Ann-Katrin Müller



**AfD-Parteitag in Magdeburg: Durchmarsch der Völkischen** Von Ann-Katrin Müller



**Merz-Kontroverse trifft auf Kommunalpolitik: Gegen etwas stimmen, nur weil die**



Geht es Ihnen denn schlecht?

»Ja, mir geht es schlecht.« Sie könne gerade nicht in den Urlaub fahren. Sie arbeite seit Kurzem in der Sozialstation der Diakonie im Ort, als Haushälterin. Vorher habe sie 19 Jahre lang bei einem Textilunternehmen gearbeitet, als Lagerfacharbeiterin. Ihr Wunsch: »Ich möchte mehr Geld haben und keine Steuern mehr zahlen.«

Sie deutet auf eine Frau um die 50, die mit ihrer Handtasche und einer Einkaufstasche über die Brücke geht. »Da, sehen Sie, das ist bestimmt 'ne Ausländerin, nix zu tun.«

Dann schultert sie ihre Handtasche und läuft in die andere Richtung davon. Sie wohnt direkt ums Eck, hat sie erzählt. In einem Einfamilienhaus, das ihr gehört.

**AfD dafür ist? Das geht ja nun gar nicht** Aus Pforzheim  
berichtet Christine Keck



**Studie zu Polarisierung in der Gesellschaft: »Wenn jemand wie die AfD ein Angebot macht, steigen die Leute darauf ein«** Ein Interview von Franziska Schindler



---

Je mehr Bürger man in Raguhn-Jeßnitz anspricht, desto klarer wird: Die AfD und ihre Parolen sind hier längst normal. Fast alle sind freundlich und offen, sogar während sie in obszönen Tönen über vermeintlich faule Flüchtlinge und Arbeitslose herziehen.

Ausnahmslos alle betonen, wie hart sie ihr ganzes Leben gearbeitet haben oder es noch tun. Und pflegen gleichzeitig eine erbarmungslose Härte gegenüber allen, die das vermeintlich nicht tun. Der Wert eines politischen Gemeinwesens, so hört man es immer wieder heraus, scheint vor allem zu sein: Was habe ich davon?

Eine Dame führt einen kleinen Terrier Gassi. Sie ist 72, sieht aber zehn Jahre jünger aus. In der DDR war sie Verkäuferin, nach der Wende trug sie Zeitungen aus. Sie habe für Loth gestimmt, erzählt sie. Ihre Kinder auch. »Der ist ein sympathischer Mann, und er kann auch einstecken«, sagt sie. In einer Gaststätte habe kurz nach der Wahl jemand gesagt, dass sie alle Nazis seien. »Nazis sind wir aber nicht.«

Seit der Wende, sagt sie, habe sie immer CDU gewählt: »Als die Mauer fiel, haben sie gesagt: »Mach CDU, die regieren drüben ja auch, das ist gut.« Also machte sie das Kreuz bei der CDU. Aber was hat das gebracht? Früher, sagt sie, »mussten wir alle Honecker wählen, aber wir waren ein zufriedenes Volk«. Alle hätten Arbeit gehabt, es habe genug Kitaplätze gegeben, und zum Urlaub flog man nicht weg, sondern fuhr in den Harz. »Das war auch schön.«

Die Mulde, der Fluss, der sich durch den Ort schlängelt, schimmert



Die Munde, der Fluss, der sich durch den Ort schlängelt, schimmert klar, die Ufer sind saftig grün. Früher, sagt sie, habe er oft gedampft und geblubbert, sei rot gewesen, von den Chemikalien, die Fabriken in der Nähe einleiteten. »Aber die Kinder waren gesünder als heute.«

---

## Wie rechtsextremes Gedankengut in die Gesellschaft einsickert

Wie eng der Schulterschluss von AfD, vermeintlich Bürgerlichen und rechtsextremen Vereinen bereits ist, lässt sich in Gera gut nachvollziehen. Christian Klar, ein stadtbekannter Neonazi, der in den Neunzigerjahren Verbindungen zur **NPD** und zum extremistischen »Thüringer Heimatschutz« unterhielt, wirbt seit Jahren für die Montagsmärsche, zunächst gegen die Corona-Maßnahmen, mittlerweile gegen das gesamte »System«.



Am vergangenen Montag hat sich Klar, 43, als Sträfling verkleidet und sich den Namen von Thüringens Verfassungsschutzchef auf die Brust geschrieben. »Thüringen braucht keine Nachhilfe mehr aus Sachsen«, ruft er ins Mikrofon, »die AfD steht hier in den Umfragen längst auf Nummer eins!« Aktuell sind es laut Infratest dimap für den MDR 34 Prozent. In Gera wurde die Partei 2019 bei den Kommunalwahlen stärkste Kraft, von null auf fast 30 Prozent.

Dem Marsch durchs Stadtzentrum folgen rund 350 Menschen. Sie schwenken russische und deutsche Flaggen oder die bei Rechten beliebte Wirmer-Flagge, die von den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 nach Hitlers Tod für das neue Deutschland vorgesehen war. Auf Plakaten wettern Demonstrierende gegen eine angeblich »unkontrollierte Migration«, auf einigen Fahnen und T-Shirts steht: »Ami go home.«

Der ehemalige AfD-Funktionär André Poggenburg ruft dazu auf, den [Christopher Street Day](#) im nahe gelegenen Burgenlandkreis mit der Anwesenheit von »Konservativen« zu beehren. Die Menge johlt und klatscht. Initiator Klar brüllt ins Mikro, man müsse die Grünen verbieten, Polizei und Soldaten sollten »die Regierung stürzen«.

Die Gewaltaufrufe stören die Mitlaufenden kaum noch. »Das ist doch der einzige Protest, der mir noch möglich ist«, behauptet ein 58-jähriger Schlosser, der nicht namentlich genannt werden will. Außer der AfD sei nichts mehr wählbar, andere Proteste oder Initiativen seien wirkungslos. Wie stark Christian Klar in der rechtsextremen Szene verankert ist, »das ist doch mittlerweile auch egal«, sagt der Demonstrant.

Was in der Innenstadt von Gera regelmäßig zum Wochenstart stattfindet, wirkt eher wie ein emotionales Ventil denn wie eine politische Opposition. Es geht nicht darum, eine Mehrheit zu erzielen, um Politik zu machen, sondern die politischen Gegner zu verhöhnen: Homosexuelle, Grüne, [Olaf Scholz](#), die »uringelbe« FDP, die CDU, Geimpfte, Flüchtlinge. Wer anders denkt, aussieht, liebt oder spricht, soll verschwinden. Politische Probleme sollen nicht gelöst, sondern abgeschafft werden.

Auf der Demo wird keine Idee artikuliert, wie sich die Zukunft entwickeln könnte, sondern die Sehnsucht, dass die Dinge wieder so werden, wie sie früher angeblich einmal waren. Wobei der Wunsch, wie weit man in die Vergangenheit reisen will, nach hinten offen ist.

## es gebe einen verbreiteten Antiamerikanismus

So destruktiv diese Art der Agitation ist, so schwer scheint es, ihr etwas zu entgegnen. »Dieser Dauerfrust nervt«, sagt Miguel Weiser. Er ist 26, lebt seit zehn Jahren in Gera, holt derzeit das Abitur nach. Weiser engagiert sich im Aktionsbündnis »Gera gegen Rechts«, das die Demos beobachtet und versucht, mit Informationen online gegen die Umtriebe anzukommen. »Wenn die Leute, die hier montags auf die Straße gehen, sich engagieren würden, statt nur zu meckern, wäre Gera eine ganz andere Stadt«, sagt er.

Der Erfolg der AfD vor Ort habe viele Gründe. Einerseits, so Weiser, habe die Stadt seit der Wende ein Drittel ihrer Einwohner verloren, die Infrastruktur und die Kosten seien aber noch da. Wer Abitur mache, ziehe danach weg, wenn es gehe. »All das macht etwas mit einer Stadt.« Die Stadt hat die höchste Kinderarmutsquote von ganz Thüringen: 22 Prozent.

Es gebe einen verbreiteten Antiamerikanismus, sagt Weiser, weshalb viele auch die Hilfen für die Ukraine kritisch sähen. Hinzu komme der Rassismus, der hier noch normaler und alltäglicher sei als im Rest des Landes. »Das N-Wort höre ich hier im Alltag immer wieder, selbst von Kollegen, die nicht die AfD wählen.«



Protestzug in Bautzen am 31. Juli: »Wenn ich AfD wähle, bin ich wer« Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

Hinzu käme die schwierige wirtschaftliche Lage. »Die Leute schauen auf die Lebensmittelpreise, aufs Gas, den Strom«, sie spürten die

Inflation. »Die Sozialpolitik der Bundesregierung geht nicht weit genug und ist zu undurchsichtig«, sagt er. Ein positives Beispiel, sagt er, sei das 49-Euro-Ticket. »Das entlastet und jeder versteht es.«

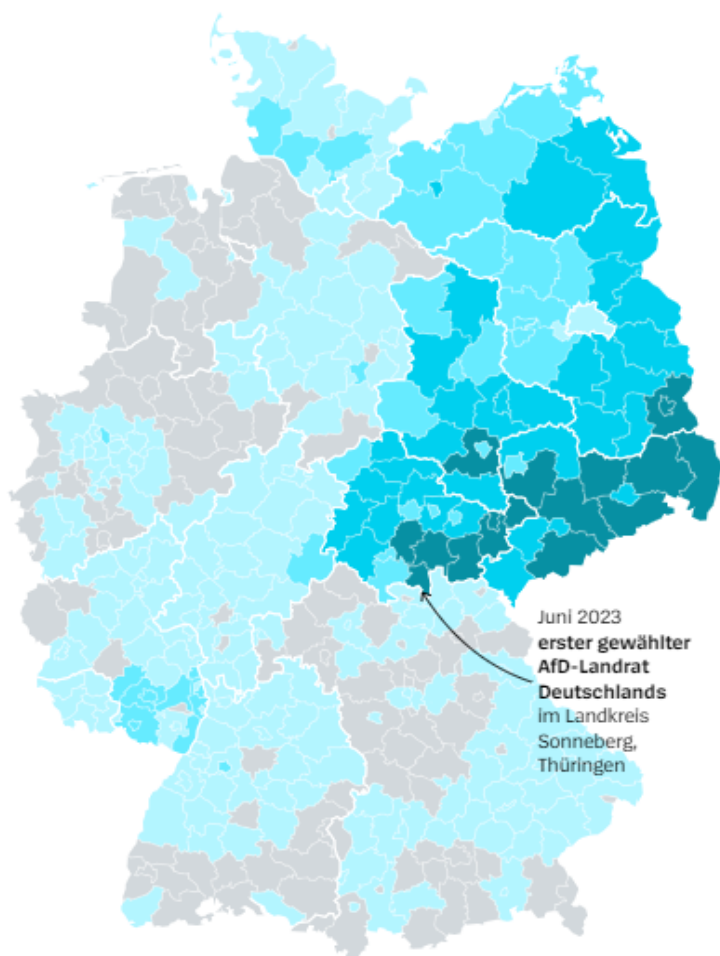
Die AfD biete inzwischen eine regionale Identifikationsmöglichkeit, sagt er. »So wie die CSU in Bayern: Wenn ich AfD wähle, bin ich wer.« Er wisse auch nicht, wie man die Leute zurückholen könne. Ihm mache auch Sorgen, dass nun in Gera eine junge Generation aufwachse, für die die AfD eine ganz normale, coole Partei sei. »Die gehen auf TikTok und feiern die AfD ab.«

Den Linken Daniel Reinhardt, 36, hätte der Erfolg der AfD in Gera fast sein Landtagsmandat gekostet. »Ein paar Hundert Stimmen haben gefehlt, ich habe gerade so noch das Direktmandat gewonnen«, sagt er. Der Grund? »An den Infostand kamen die Leute und sagten: »Die AfD will sozial dasselbe wie ihr, aber die sind gegen Flüchtlinge. Deshalb wähle ich die.« Reinhardt ist für die Linke im Stadtrat von Gera stellvertretender Fraktionsvorsitzender, die Partei – zuvor stärkste Kraft – verlor 2019 fast die Hälfte aller Sitze.

## Politische Landnahme

Wahlergebnisse der AfD bei den jeweils jüngsten Wahlen zu Kreistagen oder Räten/Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte\*, in Prozent

■ unter 5   ■ 5 bis unter 10   ■ 10 bis unter 15  
■ 15 bis unter 20   ■ 20 und mehr



Reinhardt sagt, die Linke habe die migrationspolitische Dimension in der Stadt unterschätzt. »Der Ausländeranteil in Gera ist in zehn Jahren von zwei auf elf Prozent gestiegen. Das sind die Leute nicht gewohnt«, sagt er. In den Arcaden, einem Einkaufszentrum in der Innenstadt, habe ihm eine Bäckereiverkäuferin gesagt: »Die jungen Araber hängen hier alle rum, wir brauchen einen Sicherheitsdienst«.

»Das muss ich als Linker erst mal aushalten«, sagt Reinhardt. »Ich muss es auch ernst nehmen. Aber ich muss auch Lösungen anbieten.« Das tue die AfD aber nicht. »Lösungen sind schwer, wenn man wenig Geld hat«, sagt er. Die AfD habe seit ihrem Antritt in Gera nur zwei eigene Ideen in den Stadtrat eingebracht: Ein Toilettenkonzept und einen Prüfantrag für einen Friedwald.

Reinhardt rechnet damit, dass die AfD weiter stark bleibt. Laut Thüringen-Monitor haben zwölf Prozent der Thüringer eine rechtsextreme Einstellung, vier Prozent sogar eine neo-nationalsozialistische. »Die überzeuge ich nicht«, sagt er.

Nach Ansicht von Wahlforschern hätte eine neu gegründete links-autoritäre Partei der Noch-Linkenpolitikerin [Sahra Wagenknecht](#), die sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen Einwanderung stellt, aber für soziale Absicherung ist, ein Wählerpotenzial von um die 20 Prozent.

---

## Warum die AfD kein Ostphänomen ist

Mit Glasreiniger hat Johannes Simon das Schaufenster seines Reisebüros in Hechingen, einer Kleinstadt mitten in Baden-Württemberg, auf Hochglanz geputzt. Ein Poster mit dem Schriftzug »Habeck in den Knast« und ein selbst gekritzelt Plakat »Grünen-Wähler haben hier Haus-Verbot« hat der 72-Jährige abgehängt. Er habe Platz gebraucht, sagt der AfD-Stadtrat vor seinem Laden direkt am Marktplatz. Was seit Jahren eine Art lokales Parteibüro der Blauen gewesen sei, werde jetzt aufgewertet, »ab August ist das offiziell ein Wahlkreisbüro«. Erst vor wenigen Tagen hat der Staatsschutz dort einen Stapel Flugblätter eingesammelt – ermittelt wird wegen Beleidigung von Personen des politischen Lebens.





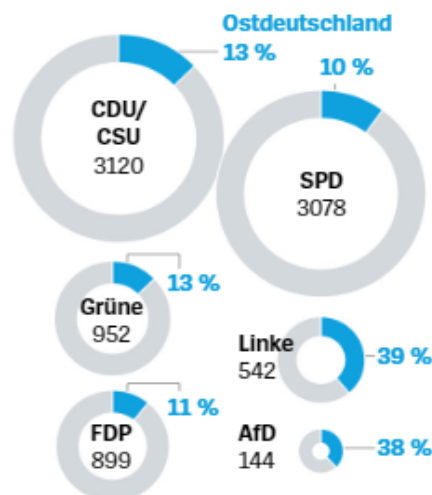
Hechinger AfD-Stadtrat Simon: Flugblätter vom Staatsschutz beschlagnahmt Foto: Ilkay Karakurt / DER SPIEGEL

Im Reisebüro laufe das Geschäft schlecht, sagt der Inhaber, der einzige Kunde des Tages habe sich über einen Mallorca-Urlaub informiert, aber nicht gebucht. Die Leute hätten kein Geld mehr übrig, alles werde teurer, auch die Reiseveranstalter zockten ihrerseits ab. Doch Simon ist aufgekratzt, schließlich wird es gleich voll werden in seinem Laden. Wie jeden Montagabend werden sie auf die Straße gehen, eine Kundgebung vor dem Rathaus abhalten. Was als Protest gegen die Coronapolitik begann, wird in Hechingen inzwischen von der AfD organisiert.

Als Erster trifft Harald Schetter ein, pensionierter Finanzbeamter und Höhlentaucher, ein Jahr erst gehöre er der AfD an, erzählt der 79-Jährige. Finanziell sei er abgesichert, er habe ein eigenes Haus, eine Frau, die in Jugoslawien geboren wurde und jetzt auch für die AfD stimme. Sein Sohn, ein Ingenieur für Medizintechnik, lebe in der Schweiz. Jahrzehntlang habe er nicht gewählt, sagt Schetter, bis er auf die Rechtsextremen stieß. Die Millionen an Flüchtlingen könne Deutschland nicht verkraften, sagt er, auch nicht die aus der Ukraine. Ein Fehler sei es, dass Flüchtlinge nicht arbeiteten und nur die Hand aufhielten. Minutenlang zählt der ehemalige Staatsdiener auf, was ihn an der Regierung nervt: Das verkorkste Heizungsgesetz und dass er angeblich zur Dämmung »Styropor auf seine Klinkerfassade« kleben

### Basisarbeit im Osten

Anlaufstellen der im Bundestag vertretenen Parteien insgesamt sowie ihre regionale Verteilung



Ostdeutschlands Anteil an der Gesamtbevölkerung: 15 %

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; Stand: 2022

solle. Die Waffenlieferungen in die Ukraine lehnt er ab. So lange sei Militärhilfe in ein Kriegsgebiet bei den Grünen ein Tabu gewesen sei und plötzlich nicht mehr.

Es wird gesellig in und vor dem Reisebüro. Drei Dutzend sind schon da, etliche Handwerker, viele Rentner, auch Kinder. Eine ältere Frau trägt eine Fahne mit aufgedruckter Friedenstaube. Joachim Steyer, der Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Hechingen-Münsingen, begutachtet das Poster, das ihn im geputzten Schaufenster zeigt. Die aktuelle politische Situation bringt Steyer auf einen simplen Nenner: Es sei alles schlechter geworden. Die Zahl von Massenvergewaltigungen habe zugenommen, behauptet er, genaue Zahlen kennt er auf Nachfrage nicht. Messerattacken seien an der Tagesordnung, und in den Großstädten trauten sich die wenigsten Frauen nachts allein auf die Straße. All das stimmt nicht, aber so sieht der AfD-Funktionär die Welt da draußen.

Kurz vor 18 Uhr stürmt AfD-Stadtrat Simon noch einmal zurück in den Laden, um die Tasche mit den Deutschlandfahnen zu holen, fast hätte er sie vergessen. Es kann losgehen, die Truppe startet Richtung Rathaus. »Stört mich nicht«, sagt die Frau aus dem Brillenladen über die Demonstranten. »Kein Problem«, sagt der kurdische Friseur, »die sagen immer freundlich Hallo.«

---

## Wie die AfD das Image einer Kümmerer-Partei schuf

Es gehört zu den historischen Wahrheiten deutscher Parteiengeschichte, dass die NPD nach der Jahrtausendwende in den neuen Bundesländern reüssierte. Manche der Nationalen kümmerten sich tatsächlich um die Leute. Bürgersprechstunden, Hilfe bei Behördenkram, Kinderfeste mit Hüpfburg – sie füllten manches soziale Vakuum, das die Nachwendezeit hinterlassen hatte. Auch die AfD weiß, wie man Freunde und Vertrauen gewinnt.

Frank Peschel, 48, sitzt für die Rechtsaußen im sächsischen Landtag – und jetzt in einem Café in Bautzen, das Wahlkreisbüro befindet sich fußläufig. Die Nähe zum Bürger und zur Bürgerin zählt für ihn zum Geschäftsprinzip: »Wir machen Infostände, wir sind auf Wochenmärkten, wir machen Bürgersprechstunden, wir machen Stammtische, wir gehen wandern mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern.«





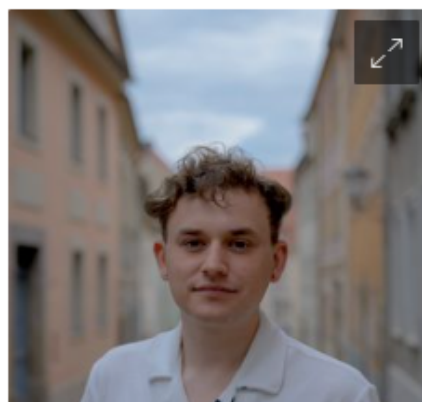
AfD-Bürgerbüro in Bautzen: »Jedes Bürgergespräch ist ein Kontakt mit den Problemen der Menschen« Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

Als Junge, erzählt Peschel, sei er Fan der DSU gewesen, habe Wahlplakate aufgehängt und Flyer verteilt. Seit 2004 lebe er in der Oberlausitz, seitdem habe es viele Entscheidungen zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung gegeben. »Das 49-Euro-Ticket hört sich gut an, aber hier fahren fast keine Züge.« Die CDU habe in den Neunzigerjahren die Gleise zurückgebaut.

Der Abgeordnete beklagt, dass es den Landkreis viel koste Geflüchtete unterzubringen. Folglich bleibe wenig Geld für Straßenbau, für Kitas. »Weil wir diese Umstände kritisieren, rennen uns die Wähler in die Arme«, erklärt Peschel. Einfache Antworten können sehr anziehend sein.

»Jedes Bürgergespräch ist ein Kontakt mit den Problemen der Menschen«, so formuliert es Peschels Landtagskollege Jörg Urban, der die sächsische AfD anführt. Und dass die Rechten dieses Motto leben, erkennt sogar die Konkurrenz an.

»Die AfD schafft es, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten präsent zu sein«, sagt Jonas Löschau, der für die Bautzener Grünen in Stadtrat und Kreistag sitzt. Der 23-Jährige sagt: »Wenn die Anträge stellen, dann liest man davon auf Facebook, dann hört man davon auf Demos, man findet es in Tagesblättern.« Bei Verbänden oder Jugendinitiativen, so





Loschnaus Beobachtung, habe er noch nie jemanden von der AfD gesehen: »Sie nehmen auch die Arbeit in den Gremien nicht so ernst und nutzen die Zeit, um auf der Straße präsent zu sein.«



Bautzener Grünen-Stadtrat Löschau: »Die AfD schafft es, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten präsent zu sein« Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

---

## Warum die AfD in Schleswig-Holstein Probleme hat

Dass sich im Süden der Republik mehr Menschen von der AfD angezogen fühlen als im Norden, und im Osten mehr als im Westen, ist Realität. Und dass es Parteien mit extremen Positionen in Schleswig-Holstein besonders schwer haben, ist Tradition. Als die AfD bei den Landtagswahlen im Mai 2022 an der Fünfprozenthürde scheiterte, war das aber dann doch eine Überraschung.

Können andere Bundesländer von dem schmalen Streifen zwischen Nord- und Ostsee lernen? Auffällig scheint, dass die AfD mit manchen Parolen überhaupt nicht landet. Überfremdung? Die Einwohnerzahl von Schleswig-Holstein wuchs nach dem Zweiten Weltkrieg beträchtlich, weil so viele Flüchtlinge angesiedelt wurden. EU-Ablehnung? Die von Landwirtschaft und Fischerei geprägte Wirtschaft profitiert von den Geldern und Gesetzen aus Brüssel. Vernachlässigung? Im sogenannten Glückatlas rangiert das Land an erster Stelle.

CDU-Ministerpräsident [Daniel Günther](#), der bis Mitte 2022 eine Jamaikakoalition anführte und nun allein mit den Grünen regiert, sieht auch einen Grund im Umgang der Parteien miteinander: »Wir haben hier einen konstruktiven und persönlichen Stil mit dem Willen zur Zusammenarbeit.« Was anderswo in öffentlichem Streit ausgetragen werde, der Bürger abschreckt und verunsichert, regelt man in Kiel mit Vorliebe intern. »Es stärkt die demokratischen Parteien nicht, wenn sie sich gegenseitig verunglimpfen«, mahnt Günther.

Man habe auch dazugelernt, heißt es in der CDU, reagiere im Landtag nicht mehr auf jede Provokation der AfD. Gleichzeitig stellt ihr CDU-Generalsekretär Lukas Kilian auch im hohen Norden »eine zunehmende Radikalisierung« der AfD-Vertreter fest, zuletzt bot die Jugendorganisation »Junge Alternative« ein Boxtraining für deutsche Jugendliche an, um sich gegen »linksextreme Gruppierungen« zur Wehr setzen zu können.

---

## Warum die Brandmauer ein unsinniger Begriff ist

Für den CDU-Mann Thomas Beierlein aus Zwickau ist [Franz Josef Strauß](#) ein großes Vorbild. So groß, dass es ihm wichtig ist, aus einer Rede von 1986 zu zitieren. Da hat der damalige bayerische Ministerpräsident etwas gesagt, was Christdemokrat Beierlein auch heute noch gut findet, für Zwickau, für Sachsen, für Deutschland.



Foto: Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

---

### »Wir müssen uns wandeln – man kann auch Ideen der AfD für gut halten.«

Thomas Beierlein, CDU-Stadtrat in Zwickau

---

»Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden«, fragte Strauß, »oder steigen wir in das buntgeschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle der Faschingskommandanten übernehmen würden?« Beierlein meint, so müsse man auch heute

übernehmen würden: »Beierlein meint, so müsse man auch heute denken. »Wir müssen uns wandeln.« Und zum Wandel gehört für ihn, dass man auch Ideen der AfD für gut halten kann.

Im November vergangenen Jahres hat die AfD in einem Antrag gefordert, dem Theater Plauen-Zwickau [das Gendern in der Werbung zu verbieten](#). »Unsere Fraktion fand das richtig«, sagt Thomas Beierlein, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion im Zwickauer Stadtrat. »Wir haben deshalb gesagt: Das können wir ausweiten auf die gesamte Stadtverwaltung und ihre Eigenbetriebe.« Der erweiterte CDU/FDP-Antrag zur Genderablehnung bekam eine Mehrheit, die AfD stimmte auch dafür. »Ich finde nicht, dass wir der AfD damit in die Karten gespielt haben«, meint Beierlein.

Ihm gehe es ums »Wohl der Stadt Zwickau«, da könne man auch mal pragmatisch einem AfD-Antrag zustimmen, in der Partei seien schließlich nicht alle absolut rechtsradikal. Die großen politischen Themen der AfD unterstütze er nicht. »Das würde unseren Wohlstand ruinieren«, sagt er und wird plötzlich sehr entschieden. Beierlein glaubt, dass sich trennen lasse: die extrem rechten Positionen der AfD und die Arbeit der Partei im Zwickauer Stadtrat.

Ein paar Räume weiter hat Andreas Gerold sein Büro. Er ist Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag. Bei der Kreistagswahl 2019 hat die AfD [eine Stimme weniger](#) bekommen als die CDU, das machte 23,4 Prozent für jeden.

Für Gerold fühlt sich das wie eine Mehrheit an, eine gemeinsame konservative. »Hier werden keine rechtsradikalen Parolen geschrien. Hier wird Sachpolitik gemacht.« Den ÖPNV-Ausbau würde er gerne angehen, besseren Bürgerservice, mehr Sparkassenfilialen.

Gerold sagt, eine Zusammenarbeit mit der Union dürfe es zwar offiziell nicht geben, aber man begegne sich nun mal auf dem Gang und kläre ab: Wie stimmt ihr ab? Könntet ihr hiermit leben? Wo müssten wir was ändern?

Das Beschwören einer Brandmauer erscheint angesichts der Usancen, vor allem im Osten, wirklichkeitsfremd. Ob in Pirna oder Plauen, in Görlitz oder Bautzen, überall gab es bereits Absprachen, Deals oder Kooperationen. »Wenn die Parteien unsere Vorschläge ablehnen«, erklärt der Landtagsabgeordnete Peschel, »können wir den Leuten sagen: Schaut mal, das ist eine gute Idee, abgelehnt von Grünen, SPD, CDU und Linken.« Da wachse natürlich »das Unverständnis der Bürger über die Regierungspolitik«.

Ein klassisches Dilemma sei das, findet der Jenaer Soziologe und Rechtsextremismusforscher Axel Salheiser: »Es nützt der AfD, wenn ihre Anträge abgelehnt werden, weil sie das skandalisieren und die Opferrolle spielen kann.«

Optionen spielen kann.«

Doch wenn die Regierungsparteien sachorientierten Anträgen der AfD zustimmen, habe dieses »konstruktive Mitspracherecht«, so Salheiser, einen langfristigen Effekt: »Auch die problematischen Ideen der AfD werden normalisiert.« **S**